

Liebe Genossinnen und Genossen!

Wenn wir ein soziales Europa, gerecht für alle wollen, dann empfiehlt sich zunächst ein Blick zurück mit der Frage: Woher, Europa, kommst Du?

Heute, am Europatag, empfiehlt sich diese Frage in besonderem Maße, ist doch der 9. Mai Gedenktag für die „Idee eines gemeinsamen Europa“, die vor 59 Jahren geboren wurde.

Eigentlich hätte man glauben können, sei die Idee eines gemeinsamen Europa aus dem Nachkriegsappell: „Nie wieder Krieg!“ entstanden. Europa lag in Schutt und Asche, was hätte näher gelegen als die Idee, durch Gemeinschaft stark zu werden, weil man sich nicht mehr gegenseitig umbrachte. Was hätte näher gelegen als die Forderung umzusetzen, die heute noch gilt: Nazis raus aus den Köpfen! Und: Demokratie rein in die Köpfe aller Europäerinnen und Europäer! Weit gefehlt!

Die Idee eines gemeinsamen Europa entsprang schlichtem betriebswirtschaftlichem Kalkül: Wenn Stahl und Kohle nicht mehr mit Zöllen belegt würden, könnte Thyssen, Krupp, Hoesch oder Degussa und DuPont ihre jeweiligen Märkte erweitern. Anders als in Amerika, wo die Vereinigten Staaten Menschen Hoffnung auf Freiheit gaben, die sich in Europa in ihren Rechten, in ihrer Religion, in ihren Entfaltungsmöglichkeiten beschnitten sahen, ist im Kern die Europäische Gemeinschaft, die der Montan-Union entsprang, eine Wirtschaftsgemeinschaft. Diese Gemeinschaft wurde dadurch belebt, dass die Wirtschaft der teilnehmenden Staaten mehr Geld aus dieser Gemeinschaft heraus bekamen, als sie in sie hinein investierten. Deshalb blieb der unerhörte Satz der britischen Premierministerin Margaret Thatcher so lange im europäischen Gedächtnis: „I want my money back! – Ich will mein Geld zurück!“ Europa sollte sich immer schon lohnen – und dieses Versprechen, dass sich Europa lohne, war immer verstanden als finanzieller Gewinn.

Nun mag man am heutigen Geburtstag der Gemeinschaft Europas zu recht fragen: was soll ´s? Und wenn schon? Selbst wenn die Europäische Union in erster Linie eine Gemeinschaft der Wirtschaft war und ist: heute sind wir weiter! Europa wächst zusammen in seiner kulturellen Identität, in seiner politischen Stabilität, in seiner sozialen Einheit. Und: Europa garantiert jedem seiner Bürger Grundrechte, als Abwehrrechte gegen den Staat.

Als „überzeugter Europäer“ habe ich die Grundrechte, meine Grundrechte in der Europäischen Union, stets bei mir in meinem Portemonnaie, als innerer Aufruf sozusagen, dass Grundrechte täglich zu verteidigen sind.

Ich sage aber auch: Die Europäische Union ist glanzloser, als die goldenen Sterne auf azurblauem Grund scheinen mögen. Sie ist auch nicht so vollkommen, wie die zwölf Sterne versinnbildlichen sollen. Deshalb sei die Frage gestattet: Wer, Europa, bist Du?

Ich habe manchmal den Eindruck, dass wir alle besser hinschauen sollten. Ich glaube

nämlich, dass man eine Politik, die gegen die Interessen der übergroßen Mehrheit der Europäerinnen und Europäer gerichtet ist, nur machen kann, solange keiner genau hinschaut.

Wenn wir ein soziales Europa, gerecht für alle, wollen, müssen wir genau wissen, in welchem Rahmen denn diese Ziele verwirklicht werden können. Deshalb habe ich uns vier Beispiele mitgebracht, die belegen, wie weit unser Weg noch ist, den wir vor uns haben.

Zunächst: Wenn wir uns die Prozesse anschauen, wie Gesetze in Europa gemacht werden, dann begeben wir uns zurück in das 18. Jahrhundert. Frau Merkel setzt sich geistig immer ein Krönchen auf, wenn sie in den Flieger nach Brüssel steigt. Sie wird nämlich zur Königin. Anders als in Berlin, in der sie „nur“ Regierungschefin ist, die sich mit dem Bundestag, dem Parlament, mit Opposition und dem Bundesrat herumschlagen muss und nicht einfach sagen kann: „Mein Wort ist Gesetz“, ist dies im Ministerrat in Brüssel anders: Hier ist ihr Wort Gesetz. Die Gewaltenteilung, also die Trennung von gesetzgebender Gewalt, vollziehender Gewalt und rechtsprechender Gewalt, einst Fundament und Wesensmerkmal jedes demokratisch verfassten Staates, diese Gewaltenteilung ist in Europa nicht verwirklicht.

Nun könnte man ja sagen: „Alles halb so schlimm“ – ist ja nur Europa, wenn – ja wenn die Regierungschefs nicht längst Blut geleckt hätten am „durchregieren“, wie es Helmut Kohl einst nannte. Heute werden etwa 70 % aller Gesetze über „Bande“ gespielt. Gesetze, von denen die Minister ganz genau wissen: die würden nie und nimmer eine Mehrheit im deutschen Bundestag finden oder Gesetze, die die Bevölkerung in blankes Entsetzen versetzen würden: Europa macht es möglich.

Wer biometrische Daten im Personalausweis oder Freisetzung gentechnisch veränderter Feldfrüchte will: er muss nur ein wenig geduldig sein. Zunächst wird ein Beschluss im Ministerrat gefällt. Statt eines aufwendigen Abstimmungsprozesses innerhalb der Regierungskoalition und den nervenden Fragen von Abgeordneten, die die hinteren Bänke im Parlament besetzen, nicht zu vergessen die quälende Opposition, die sofort das Volk bemüht und gefährliche Hintergrundgespräche mit Journalisten führt, kann man im Ministerrat entspannt unter seinesgleichen verhandeln nach dem Motto: Jeder darf mal. Sobald der Beschluss im Ministerrat gefällt ist, muss man nur noch abwarten. Dann wird nämlich die Europäische Kommission tätig, formuliert in Absprache mit den im Ministerrat vertretenen Fachministerien eine Verordnung, die sodann ins Kodelisationsverfahren des Europäischen Parlaments geht. Wenn dort die völlig überforderten, mit kiloschweren Gesetzestexten zugeschütteten Parlamentarier nicht die Notbremse ziehen, sondern schweigen, klöppelt der Präsident des Europäischen Parlaments kurz mit seinem Holzhammer und das Gesetz ist in erster Lesung beschlossen. Danach können die Parlamentarier in Berlin oder Paris sich auf den Kopf stellen: Sie müssen die Verordnung in nationales Recht umsetzen, ob sie wollen oder nicht. Deshalb ist das Demokratiedefizit, deshalb ist die nicht umgesetzte Gewaltenteilung in Europa kein einfacher Schönheitsfehler: Weil 70 % aller Gesetze so gemacht werden, höhlt es den Parlamentarismus in Europa aus und degradiert

Abgeordnete zu Nickmännchen.

Wo grundlegende demokratische Strukturen fehlen, macht sich Lobbyismus breit. Wenn wir über den europäischen Lobbyismus reden, haben wir die große Auswahl. Rund 20.000, davon rund 4.500 beim Europäischen Parlament akkreditierte Lobbyisten kümmern sich in der Union von A wie Agrarsubventionen, oder A wie Apothekenverordnungen bis Z wie Zulassungsverfahren in allen nur erdenklichen Bereichen der europäischen Regelungskompetenz. Deshalb lasst mich ein zweites Beispiel benennen: Die Finanz- und Wirtschaftskrise.

Es wird mit Recht in den vergangenen Tagen die Scheinheiligkeit der SPD-Wahlstrategie kritisiert, die auf ihren Wahlplakaten titelt: Finanzhaie würden FDP wählen. Wahr ist, dass die Abgeordneten der SPD im Europaparlament weder 2005, noch 2007, noch 2008, noch im April 2009 etwas dem Neoliberalismus entgegengesetzt hätten, als es um Entschlüsse zur Kontrolle der Finanzmärkte, zur Kontrolle von Hedgefonds und Private Equity Fonds, also von Kapitalbeteiligungsgesellschaften ging oder um Entschlüsse des Parlaments zu Ratingagenturen – also die im Zuge der Wirtschaftskrise so gescholtenen Einrichtungen, die die triple-As, also die höchste Bonitätsauszeichnung den Immobilienzertifikaten gegeben haben, die letztlich Schundbuden verramscht haben. Zu keinem Zeitpunkt haben die Abgeordneten der SPD auch nur ansatzweise versucht, Staatsräson zu üben und klare Richtlinien und Kontrollen einzuführen, damit in Zukunft solche Raubritterzüge am Volksvermögen, wie sie derzeit stattfinden, vermieden würden!

Aber wahr ist auch: Lobbyisten der Finanz- und Geldmarktindustrie haben – angefangen von den Fachministerien der Länder über die Einzelabteilungen der zuständigen Direktorate der Europäischen Kommission bis hin zu einzelnen Abgeordneten des Parlamentes – jeden wuschig gemacht, der an solchen Entscheidungen beteiligt war. Nicht nur im Mittelalter dachten, sondern auch heute denken Heuschrecken strategisch.

Den Gipfel hofften diese Lobbyisten erklimmen zu haben, als die Europäische Verfassung aus der Taufe gehoben wurde. Leider hat es nicht ganz geklappt, weil die bösen Bürger die Verfassung nicht wollten – jedenfalls diejenigen Bürgerinnen und Bürger mehrheitlich nicht, die befragt worden sind. Da sind die Finanzmarktlobbyisten kurz vorm Gipfelkreuz noch auf den Hosenboden gefallen, haben sich aber schnell wieder aufgerappelt und wollten es nun im Vertrag von Lissabon unterbringen, an ganz versteckter Stelle. Ich rede von Artikel 63 Absatz 1 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union.

Ich sehe an den nickenden Köpfen, dass ihr alle wisst, was ich meine.

Nicht?

Nun, klar. Wer hat den Vertrag von Lissabon auch schon genau gelesen? Und dieses knapp 200 Seiten starke Vertragswerk über die Arbeitsweise noch dazu? Ich glaube,

keiner in der SPD, der jetzt so laut schreit nach Kontrolle des Finanzmarktes und dass man Regeln brauche, um diese Exzesse der Märkte zu verhindern, hatte den EU-Verfassungsentwurf genau gelesen, obgleich er schon mit der Inbrunst der Überzeugung eines wahren Europäers für dessen Annahme – selbstverständlich! – gestimmt hat. Hätte er den Verfassungsentwurf gelesen, wäre er vielleicht etwas nachsichtiger mit denen umgegangen, die eine andere, eine bessere Verfassung für Europa gefordert haben – wie wir. Wenn er wenigstens jetzt den Vertrag von Lissabon gelesen hätte, um zu lernen, warum die Bürgerinnen und Bürger ihn ablehnten, wäre unser SPD-Mann vielleicht erschrocken gewesen über Artikel 63 Absatz 1 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union. Da steht nämlich, dass „alle Beschränkungen des Kapitalverkehrs zwischen den Mitgliedstaaten sowie zwischen den Mitgliedstaaten und dritten Ländern verboten“ sind.

Wenn die EU-Verfassung ratifiziert worden wäre oder wenn der Vertrag von Lissabon bereits Gültigkeit hätte: jedwede Finanzmarktkontrolle wäre verboten. Nix ist dann mit einer Beschränkung von Hedgefonds oder private equity fonds oder mit einer sonstigen Regulierung der Finanzmärkte. Jede Kontrolle wäre verfassungswidrig.

Deshalb fordern wir nachdrücklich, den Vertrag von Lissabon zu verändern und – zum Beispiel – Artikel 63 Abs. 1 ersatzlos zu streichen. Und die SPD muss sich entscheiden, auf welcher Seite sie steht: Für eine wirksame Finanzmarktkontrolle oder für den Vertrag von Lissabon in der derzeitigen Fassung. Und: Weil ich dieses Beispiel brachte, um zu verdeutlichen, wie der Lobbyismus in Europa funktioniert – fordern wir die Einführung radikaler Transparenz der Arbeit von Lobbyistenverbänden und die Offenlegung jedweden Kontaktes zwischen Abgeordneten oder Personen, die in einer Institution der Europäischen Union arbeiten mit einem solchen Interessenvertreter.

Und weil es so wichtig ist zu wissen, was das so ist, die Europäische Union, lasst mich noch zwei weitere Beispiele nennen. Ich nenne diese Beispiele, die „ups“ und „auweia“ Erfahrungen.

„Ups“ hat mit Beelitzer Spargel zu tun. Nicht weil alles dem Jakobs gehört oder weil dies eine Erfolgsgeschichte eine Wessis in Ostdeutschland ist. Das sind abendfüllende Themen, die wahrscheinlich nur mit viel Bier erträglich sind. Sondern weil meine Frau immer sagt, dass man aufhören soll zu arbeiten, wenn man von dieser Arbeit arm wird. Und das wiederum hat mit der Dienstleistungsrichtlinie zu tun. Und deshalb meine „ups“-Geschichte:

Alles lief wie geschmiert. Die Lobbyisten hatten ihre Arbeit gemacht, Schröder war eingenordet. Die Portugiesen hatten den Ratsvorsitz, weshalb sich der Ministerrat in Lissabon traf und Lissabon war schön Ende März 2000. Und dann sprach man über Dienstleistungen in Europa und dass Europa reif ist. Dass man gute Erfahrungen gemacht hat mit dem freien Warenverkehr und mit dem freien Handel und dass man jetzt auch freie Dienstleistungen braucht. Und weil ja jeder mal darf im Ministerrat hat dann der Ratsvorsitzende gesagt, dass man diese ganzen Regelungen, mit denen man Leistungsträger maltretiert, nicht auf die Spitze treiben sollte und dem Anbieter einer

Dienstleistung nicht zumuten könne, alle Gesetze zu kennen des Landes, in dem er seine Dienstleistung anbiete, sondern dass man ja schon genug um die Ohren hat, wenn man die Gesetze des eigenen Landes kennt. Da haben alle genickt und Späße über die Findigkeiten nationaler Gesetzgebung gemacht. Dann nannte man das Diskutierte hochtrabend EIN STRATEGISCHES ZIEL FÜR DAS KOMMENDE JAHRZEHNT und forderte die Kommission auf, hier mal eine Verordnung auf den Weg zu bringen. Und dann hat der zuständige Binnenmarkt-Kommissar Bolkestein gute Handwerkskunst abgeliefert und die Dienstleistungsrichtlinie erarbeitet. Die war Weihnachten 2003 fertig. Dann hat die Druckerei Anfang Januar 2004 gedruckt und so kam der Richtlinienentwurf zusammen mit den anderen Entwürfen in Kilopaketten auf die Aktentrollies und von dort in die Büros pünktlich, landeten dort auf den dicken Papierstapeln, die sich während des Weihnachtsurlaubs so ansammeln, kriegten dort Eingangsstempel und gingen in den Umlaufverteiler. Wie gesagt, alles lief wie geschmiert und langte in Berlin, Madrid, Paris und London ein, wie in allen anderen Hauptstädten, knapp vier Jahre nach dem Lissabon-Sondergipfel – und nichts rührte sich.

Bis einige Leute aufwachten. Ganz unerwartet. Unter anderem wird kolportiert, dass ein Referent von Oskar Lafontaine darüber stolperte, weil er im Januar 2004 einen Vortrag für Oskar vor einem Gewerkschaftsfachverband vorbereitete und über die EU-Koordinationsstelle von der Richtlinie erfuhr und sich die dann mal durchlas. Und dann waren natürlich alle zur Stelle. Die Gewerkschaften und die Kammern, die Innungen der Handwerker und die Verbände, der Industrie- und Handelskammertag und hast du nicht gesehen: eine Dienstleistungsgesellschaft wie Deutschland hat viele Interessenvertretungen und ist gut organisiert. Was dann folgte ist ja weithin bekannt. Europaweite Demonstrationen und geballter Protest. Zwar ist die Dienstleistungsrichtlinie auch heute noch in der jetzt aktuellen Fassung ein Problem, aber das Schlimmste konnte verhindert werden.

Ich nenne dieses ups-Beispiel, weil es deutlich macht: Wenn man genau hinschaut, ist eine Politik, die sich gegen die mehrheitlichen Interessen einer Gesellschaft richtet, nicht mehr so einfach durchsetzbar. Dafür braucht es aber gute Oppositionsarbeit und also braucht es die LINKE im nächsten EU-Parlament, um den größten Mist, der verzapft wird, weil keiner so genau hinschaut, zu verhindern.

Nun komme ich noch zum „auweia“-Beispiel. Das hat was mit AEG-Elektrolux und mit Nokia zu tun, ihr erinnert Euch an diese Aufreger der Jahre 2007 und 2008. Da wurde ja immer gesagt: das ist eben die Globalisierung! Und da wurde gesagt: die Löhne seien in Deutschland zu teuer – und wenn nicht die Löhne, dann die Lohnnebenkosten.

In Wahrheit liegt das Problem aber nicht bei den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, die seit Jahren Lohnkürzungen hinnehmen, weil sie verhindern wollen, dass die Arbeitsprätze in Deutschland gestrichen werden. In Wahrheit liegt das Problem im Europäischen Fonds zur Entwicklung der regionalen Wirtschaftsstruktur in Europa, dem sogenannten EFRE-Programm. Das ist ein tolles Programm, da machen alle mit, da kriegt jeder was ab.

Das Programm unterstützt Unternehmen, die eine neue Betriebsstätte errichten möchten in einem besonders strukturschwachen Gebiet. Zunächst einmal ist dies alles gut gedacht: Unternehmen können mit einer Unterstützung rechnen, Unternehmer rechnen mit spitzem Bleistift, und im Ergebnis wird sich eine solche Investition in strukturschwache Gebiete rechnen, wenn die Förderung hoch genug ist. Die Förderung beträgt bis zu 50 % der vorzunehmenden Investitionen. Das ist erst einmal nicht schlecht.

Wenn ich in meinem Unternehmen Gewinne erziele, auch weil die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer an dieser Betriebsstätte gut gearbeitet haben – wie bei Nokia in Bochum zum Beispiel – dann kann ich als Unternehmenslenker fünf Jahre lang Rückstellungen machen, weil ich beabsichtige, diese Betriebsstätte zu errichten. In Deutschland beträgt die durchschnittliche Körperschaftssteuer 37 %. Wenn und soweit das Unternehmen wirtschaftlich erfolgreich ist, wie zum Beispiel Nokia, und etwa 10 % der Gesamtinvestitionen pro Jahr an Gewinnen vor Steuern erzielt, dann liegt das Unternehmen bereits bei einem Steuergeschenk von 87 % der Gesamtinvestition. Dann muss das Unternehmen nur noch 13 % der Investitionen aus eigener Tasche bezahlen, der Rest kommt von Vater Staat dazu. Aber: Es kommt noch besser. Frei nach Brillen Fielmann – mein Papa hat keinen Pfennig dazu gezahlt – bekommt das Unternehmen die noch fehlenden 13 % der Gesamtinvestition über das Steuerdumping, beispielsweise zwischen Deutschland und Polen, wie im Beispiel Nokia, wieder rein. Es gibt nämlich ein Doppelbesteuerungsabkommen, das besagt, dass derjenige, der bereits in einem Land Steuern zahlt, nicht noch in dem anderen Land, in dem er vielleicht auch Steuern zahlen müsste, doppelt zahlt. Nun liegt in Polen der lineare Körperschaftssteuersatz bei 19 % und nicht bei 37 %. Was für ein Zufall, welches Glückes Geschick! Wer jetzt flink ist und zusammenzählt, der weiß: die ganze schöne neue Betriebsstätte ist komplett vom Steuerzahler bezahlt worden. Da ist der Unternehmer plötzlich ganz der gelbe Mann von der Post und sagt: Unterm Strich – zähl ich!

Wenn man bedenkt, dass ein Unternehmen immer noch ein gutes Rating bekommt, wenn es rund 20 % der Gesamtkosten für die Produktion eines Produktes an Kapitalkosten kalkuliert – was übrigens etwa so viel ist, wie die Personalkostenquote, dann hätten die Arbeitnehmer dem Unternehmen Geld geben müssen, um dort arbeiten zu dürfen. Sie hätten nämlich die neue Betriebsstätte aus eigener Tasche bezahlen müssen. Und selbstredend bildet die neue Produktionsstätte die neueste Produktionstechnologie ab und ist in erheblichem Masse besser automatisiert, als die alte Betriebsstätte.

Deshalb ist es zum einen scheinheilig, wenn Unternehmen ihre Betriebsstättenverlagerung mit zu hohen Personalkosten begründen. Und deshalb gilt zweitens, dass natürlich alle alles richtig gemacht haben: Selbstredend ist die Ausgestaltung der EFRE-Förderung nicht dazu gedacht, eine Betriebsstätte lediglich zu verlagern, sondern ist ausschließlich dazu da, eine neue Betriebsstätte zu errichten. Aber: Die Arbeitsplatzgaranzieusage, die die Unternehmen bei Inanspruchnahme der Fördermittel abgeben, läuft in der Regel nach 8 Jahren aus. Danach können sie die Betriebsstätte zurück fahren oder ganz schließen. Aber: Was geht die Polen

Deutschland und was geht die EU Bochum oder Ludwigsfelde an? Ich nenne Ludwigsfelde ganz bewusst, weil in einigen Unternehmen die Haltefristen im Herbst diesen Jahres auslaufen und um deutlich zu machen: die EU-Politik geht uns alle an. Nokia ist überall. Und ich habe dieses Beispiel genannt, weil jetzt der auweia-Effekt kommt: Mit einer effektiveren Opposition wäre die Ausgestaltung des EFRE-Programms, an dem das Europaparlament übrigens beteiligt ist, so vorgenommen worden, dass ein Konzern, der für eine neue Betriebsstätte EFRE-Mittel beansprucht, keines seiner anderen Betriebsteile einkürzen oder schließen darf. Deshalb muss es drittens unser Ansporn sein, dass die LINKE im neuen EU-Parlament stark vertreten ist, weil unsere gute Oppositionsarbeit noch Verbesserungspotentiale hat.

Wenn man es mal jetzt so zusammenfasst, hieße dies, dass ein undemokratisches Europa den Nährboden für Lobbyisten bereitet hat in dessen Umfeld nur schlechte Entscheidungen getroffen werden, die dem Bürger nichts als Nachteile bringt – da könnte man ja schlechte Laune kriegen.

Soviel Griesgram und Pessimismus ist auch nicht angesagt, weil Europa eben Europa ist. Der griechischen Sage nach ist Europa nämlich die Tochter des Phönix und heisst übersetzt: „die [Frau] mit der weiten Sicht“.

Deshalb ist es für mich nie eine Frage, ob ich für oder gegen Europa bin. Trotz oder gerade wegen dieser Kritik bin ich ein ausgesprochener Befürworter Europas.

Weil dem so ist, sei nach den Fragen: Woher, Europa, kommst Du? und: wer Europa, bist Du? Jetzt die Frage erlaubt: Wohin, Europa, gehst du?

Und da gibt es, dessen bin ich mir sicher, viel Zuversicht und Stärke.

Um es gleich deutlich und ohne Umschweife zu sagen: Europa braucht mehr soziale Gerechtigkeit! Diese soziale Gerechtigkeit werden wir in Europa nicht in den Schoss gelegt bekommen, wir müssen soziale Gerechtigkeit in Europa erstreiten – zusammen mit den Gewerkschaften, den charitativen Verbänden und Vereinigungen und – zuförderst mit den Betroffenen und deren Zusammenschlüsse, wie beispielsweise den Vereinen zur sozialen Selbstverteidigung.

Und selbst in der größten Wirtschaftskrise der Nachkriegsgeschichte sehen wir: Banken und Unternehmen erhalten Sozialhilfe in Größenordnungen, die das Jahresbruttoinlandsprodukt der Höhe nach Konkurrenz machen könnten. Insgesamt wurden bereits in den vergangenen Monaten Kredite und Bürgschaften ausgereicht, die halb so hoch sind wie die Kosten der Deutschen Einheit – ein Betrag, der schrittweise über die letzten 20 Jahre hinweg zusammenkam.

Diese Kosten werden von der kleinen Frau, dem kleinen Mann zu tragen sein. Deshalb drohen bald weitere Sozialkürzungen, aus Hartz IV wird Hartz V, VI und VII, bis die Kernschmelze des Sozialstaates erreicht ist. Wer da auf einen Schutzschirm unserer Verfassung vertraut hat, weil ja doch das Sozialstaatsprinzip Verfassungsrang hat, der

wurde am vergangenen Wochenende durch ein Interview des Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts Papier eines Besseren belehrt – weitere Einschnitte in das Sozialgefüge sind durchaus mit unserem grundgesetzlich geschützten Sozialstaatsprinzip vereinbar, man könne ja nur das verteilen, was man hat.

Dem gilt es sich jetzt entschieden entgegen zu stellen und zwar auf drei Ebenen:

Erstens, auf der europäischen Ebene: Dabei fällt mir natürlich sofort die Europäische Sozialcharta des Europarats ein. Die revidierte Fassung, bereits seit 1996 auf dem Tisch, liest sich als viele Weihnachten und Ostern auf einem Tag: dort wurden die Schlachten um soziale Gerechtigkeit bereits am Verhandlungstisch geschlagen und gewonnen. Ich bitte Euch dringend, diese Europäische Sozialcharta, in seiner revidierten Fassung wohl gemerkt, in Ruhe zu studieren. Da steht vieles drin, was wir seit langem fordern:

1. das Recht auf Arbeit,
2. das Koalitions- oder Vereinigungsrecht,
3. das Recht auf Kollektivverhandlungen, einschließlich des Rechts auf Generalstreik
4. das Recht auf soziale Sicherheit,
5. das soziale Fürsorgerecht,
6. das Recht auf besonderen gesetzlichen, wirtschaftlichen und sozialen Schutz der Familie, und
7. die Schutzrechte für Wanderarbeiter/innen und ihre Familien.

Aber – leider, wurde diese revidierte Fassung nie in Kraft gesetzt. Deutschland hat sie zwar unterzeichnet, aber nie ratifiziert. Deshalb gilt sie bis heute nicht für Deutschland und nicht für Europa. Ein gutes Vertragswerk ohne Gültigkeit.

Deshalb fordere ich Frau Merkel auf: Wenn Sie es Ernst meinen mit den Nöten ihrer Wählerinnen und Wähler, dann sorgen Sie für die Ratifizierung der Europäischen Sozialcharta in ihrer revidierten Fassung von 1996.

Zweitens, die Bundesebene: Die Steuerlast muss nun von denjenigen getragen werden, die beständig steuerlich entlastet wurden. Steuergerechtigkeit heißt auch, dass jemand seine Steuern in Deutschland zu zahlen hat, wenn er in Deutschland lebt und von der hier zur Verfügung gestellten Infrastruktur profitiert. Steueroasen sind auszutrocknen!

Es wird ja immer behauptet, dass wir deshalb nichts gegen Steuerflucht tun könnten, weil die böse Schweiz so ein starkes Bankengeheimnis habe, weil dort die Steuern niedrig seien und „die Menschen dann eben ins Ausland gingen mit ihrem Milliarden“. Fakt ist: Deutschland hat in den vergangenen Jahren gerade mal ein (!) Rechtshilfesuch an die Schweiz wegen Betrugsverdachts und Steuerhinterziehung gestellt. Wenn man die Personaldecke der Bundesfinanzverwaltung, der Steuerfahndung und der Staatsanwaltschaften für Steuerstraftaten kennt, glaubt man weniger, dass es

ein Problem der personellen Unterbesetzung ist als vielmehr, dass man im krassen Gegensatz zu den starken Worten, die man bisweilen von deutschen Bundespolitikern so hört, es nicht gewollt ist, den Sumpf trocken zu legen, der die Steueroasen nährt. Wenn man einen Sumpf austrocknen möchte, sollte man besser nicht die Frösche fragen.

Machen wir uns nichts vor: Wenn jahrzehntelang kein Wert darauf gelegt wurde, dass durch Steuergerechtigkeit eben auch soziale Gerechtigkeit geschaffen werden kann, dann sollte man jetzt, in der Krise, nicht auf Einsicht bei denjenigen hoffen, die für immer wieder dieselben fehlerhaften Entscheidungen verantwortlich waren. Die Schere zwischen arm und reich geht seit 30 Jahren permanent auseinander. Nun wird der untere und mittlere Mittelstand zur Kasse gebeten, nachdem man beständig diesen „kleinen Mann“ hat die Rechnung für die fetten Jahre zahlen lassen ohne dass er wirklich je an den reich gedeckten Tischen hätten Platz nehmen dürfen: Inflation heißt die Wunderwaffe, die Schuldner weniger arm werden lässt, die aber auch die sicherste Geldanlage der Welt, pfandverbriefte Staatsanleihen nämlich, über Nacht wertlos machen könnte.

Was über die letzten Jahre immer wieder den Sozialhilfeempfängern gesagt wurde, gilt jetzt auch für Banken, die Sozialhilfe in Anspruch nehmen: fördern und fordern. Der Dominoeffekt muss unterbunden werden, der darin besteht, dass Banken ihre Eigenkapitalbasis aufstocken müssen, weil sie verpflichtet sind, ihre Risikogeschäfte neu zu bewerten. Dies führt dazu, dass Unternehmen Kontokorrentkredite nicht mehr oder nicht mehr in der früheren Höhe genehmigt bekommen und die Kreditlinien jetzt eingekürzt werden. Hierdurch entsteht, gerade bei Unternehmen mit erhöhtem Kapitalbedarf, eine Liquiditätskrise, die unweigerlich in die Insolvenz des Unternehmens führt.

Ich bin ja selbst Unternehmer. Ohne in irgendeiner Weise meine eigenen Fehler, die ich zweifelsohne gemacht habe, beschönigen zu wollen: Als innerhalb eines Monats die Kredite zurückgezahlt werden sollten, war unser Unternehmen nicht mehr zu retten. Da geht man unter mit Mann und Maus, weil man gar nicht mehr die Zeit hat, im Butterfass solange zu strampeln, bis aus Milch Butter wird. Und in der Folge werden andere Unternehmen geschädigt, die ihrerseits dann mit dem Überleben zu kämpfen haben – eine dramatische Situation. Dies kann man nur dadurch verhindern, dass den Unternehmen, die dies benötigen, direkt Liquidität zur Verfügung gestellt wird, im Zweifel gegen Beteiligungen am Unternehmen. Was spricht nach den langen Jahren, in denen wir unser Tafelsilber verscherbelt haben, von der Post über viele Staatsunternehmen bis hin zur kommunalen Kanalisation, dass der Staat jetzt, freilich günstig, sich durch Unternehmensbeteiligungen wieder ein Stück vom Kuchen der wieder erstarkenden Wirtschaft sichert? Jedenfalls ist nicht hinnehmbar, dass der Staat Finanzhilfen an die Commerzbank zahlt, die das sechsfache des Marktwertes der ganzen Bank ausmacht und im Gegenzug lediglich 25 % des Unternehmens erhält. In welchem Tollhaus leben wir denn?

Und schließlich drittens: die kommunale Ebene: Der Kreis Teltow-Fläming bekommt, wie andere Kreise auch, Aufgaben des Landes übertragen. Hierfür zahlt das Land an den

Kreis Geld für die Übernahme dieser Aufgabe. Leider reicht dieses Geld aber bei weitem nicht aus, um die Aufgaben auch erfüllen zu können. Deshalb müssen wir fordern, dass das Land die Kosten in voller Höhe trägt, wenn die Aufgaben vom Kreis übernommen werden sollen. Wie auch die Städte und Kommunen vom Kreis fordern dürfen, dass an sie übertragene Aufgaben so verrechnet werden, dass es für die Städte kein Zuschussgeschäft wird.

Die Linke in Teltow-Fläming tritt ein für eine Stärkung der Kommunalwirtschaft, für die Auflage eines Aktionsprogramms Regenerative Energien, für die Schaffung eines Projektes: Regionen des Wissens, für den Ausbau der Tourismus- und LEADER Region Teltow-Fläming und für eine sachgerechte Mittelstandsförderung. Wir möchten kreiseigene Gesellschaften stärken, die Infrastruktur unseres Kreises ausbauen und den ökologischen Landbau fördern. Und natürlich fordern wir in Anbetracht der Arbeitslosenzahlen in unserem Kreis die sofortige Umsetzung des beschlossenen Kommunalkombis in Teltow-Fläming.

Im Bereich der Bildung möchten wir die vorhandenen Kitaplätze sichern, frühkindliche Sprachförderung ausbauen, Kindergarten und Schule enger miteinander verzahnen, und reformpädagogische Ansätze, die einzuführen längst überfällig sind, in die Schulen tragen. Wir wollen zumindest eine Gemeinschaftsschule als Modellprojekt im Kreis, wie auch eine Ganztagschule, und wir möchten ein Unterstützungsprogramm für Alleinerziehende auflegen.

Wir haben uns viel vorgenommen im Kreis – aber: die derzeitige Lage erfordert ambitioniertes Verhalten und keine Kleinkrämerei

Deshalb werden wir im Bereich der sozialen Sicherung einen Maßnahmenkatalog gegen Kinderarmut im Kreis erarbeiten. Wir werden Pflegestützpunkte im Kreis einrichten und die SPD davon überzeugen, dass die Einführung des Familien- und Sozialpasses im gesamten Kreis eine gute Entscheidung ist. Wir werden eine Förderinitiative zur Stärkung von Jugendklubs und Jugendzentren ins Leben rufen und darauf drängen, dass das 6 10-Stellen-Programm wieder aufgelegt wird. Und schließlich werden wir alles daran setzen, um Seniorentreffs zu stärken und selbstverständlich dazu beitragen, dass die Kreisverwaltung enger mit den Seniorenbeiräten kooperiert.

Wenn wir mit der SPD im Kreis enger zusammenarbeiten sollten – und vieles spricht dafür, dass eine solche Möglichkeit besteht – dann werden wir für den Erhalt des Amtsgerichts Zossen eintreten, wir werden eine Programminitiative zur Stärkung kultureller Diversität der Menschen im Landkreis starten und Runde Tische in den Bereichen Familie, Jugend und Soziales, Wirtschaft, Kultur und Ausländerangelegenheiten einführen, an dem verpflichtend Vertreter der Behörden, der Politik und Betroffene teilnehmen zur Erarbeitung von Verbesserungsvorschlägen in der kommunalen Selbstverwaltung.

Wie gesagt, ein ambitioniertes Programm, dass in Zeiten einer drohenden wirtschaftlichen Depression kein leichtes Unterfangen sein wird. Denn zusätzlich zu

diesen Aufgaben, die wir uns da vorgenommen haben, wird zu prüfen sein, ob unser Landkreis gegen die Gefahren, die mit einer grossen Wirtschaftsdepression einhergehen, gewappnet ist.

Wir müssen ferner die Verwaltung umstrukturieren, besonders in den Bereichen Arbeit und Soziales, Jugend und bezogen auf die Aufgaben des Ausländeramtes, um den aktuellen Herausforderungen besser als bislang gerecht werden zu können. Eine Verwaltung nah bei den Menschen; eine Verwaltung, die den Menschen Unterstützung gewährt, da wo Unterstützung gefordert ist, und eine Verwaltung, die darauf verzichtet, Menschen zu drangsalieren – das ist es, was wir in den nächsten Jahren erreichen wollen.

Ich danke Euch für die Aufmerksamkeit!